

# Wer hat das Sagen in der direkten Demokratie?

Initiative „Volkssouveränität gegen Behördenpropaganda“  
am 1. August 2004 mit 110'000 Unterschriften eingereicht  
von den Medien fast totgeschwiegen

## Was will die Volksinitiative?

- ◆ Die in den letzten Jahren überbordende und einseitige Abstimmungspropaganda des Bundesrates und seiner Heerscharen von Informationsbeauftragten soll gestoppt werden
- ◆ Im Vorfeld der Volksabstimmungen hat der Bundesrat nur noch ein inhaltlich ausgewogenes Bundesbüchlein herauszugeben und kurz in den Medien über die Vorlage zu informieren. Im übrigen hat er sich an den Grundsatz der Gewaltenteilung zu halten und die Meinungsbildung den Bürgern und ihren Gruppierungen zu überlassen
- ◆ Der Bundesrat soll durch die Volksinitiative wieder auf seine Rolle als Diener des Souveräns verpflichtet werden, statt dem Stimmvolk beizubringen, wie es abzustimmen hat
- ◆ Dadurch wird die freie Meinungsbildung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wieder ermöglicht

Wir Schweizerinnen und Schweizer lassen nicht zu, dass die bewährte Staatsform der direkten Demokratie zugrunde geht – wir lassen uns die Volkssouveränität nicht wegnehmen!

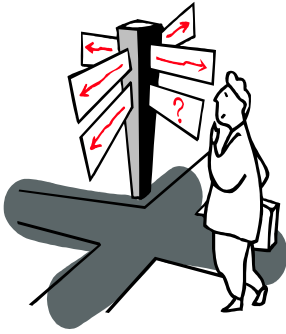
### Nächste Grossaktion im Bundeshaus: „Wir wollen nach Schengen“

Heerscharen von „Informationsbeauftragten“ stehen bereit, um die Bilateralen II durchzuboxen. Um die höchst umstrittene Verschleuderung von Bundesgeldern etwas einzudämmen, wird im EU-Integrationsbüro eine „Prominentengruppe“ zusammengestellt, die das Volk dazu bringen soll, „richtig“ (nämlich für die Bilateralen II) zu stimmen!  
„Mittlerweile zählt die Bundesverwaltung im Bereich Information offiziell 286 Vollzeitstellen. Faktisch sind, wie das Westschweizer Magazin *L'Hebdo* im Detail nachgerechnet hat, rund 750 Beamte mit Informationsaufgaben befasst.“  
Stolze Kosten dieser Tätigkeiten im Jahre 2003: 73,6 Millionen Franken (Weltwoche)

*„Die Auffassung, die Meinung der Regierung sei die richtige und es gehe in der Volksabstimmung nur noch darum, dieser Meinung zum Durchbruch zu verhelfen, ist im Ansatz demokratiefeindlich.“ (Prof. Dr. iur. Hansjörg Seiler)*



## Was gilt nun: Respekt der Exekutive vor dem Souverän?



„Der Bundesrat hat im Vorfeld der Volksabstimmungen keine Kampagnen zu führen. Es wäre schlimm, wenn durch den Einsatz eines Bundesrats der Entscheid des Souveräns manipuliert werden könnte.“

(Bundesrat Blocher)



## Oder: Volk als blökende Schafherde?

Bundesrat Leuenberger stellte angesichts der knappen Ablehnung der Post-Initiative mit Genugtuung fest, „der persönliche Einsatz eines Bundesrats könne durchaus ausschlaggebend für ein Abstimmungsergebnis sein“. Mit Manipulation habe das nichts zu tun, sondern es gehe um „aufklärerische Arbeit“. (NZZ)

„Aktuell attackieren die Parteien und die Medien die Auftritte Christoph Blochers. – Die wütenden Reaktionen von Parteien und Presse sind nur zum Teil mit den heiklen Dossiers zu erklären, der Grund liegt in der gegenwärtigen Rolle der Regierung. Sie ist heute nicht mehr ausführendes Organ im Staat, sondern die dominante Schulmeisterin und Partei im politischen Prozess.“ (Urs Paul Engeler, Weltwoche).



## Was sich Klein-Moritz unter „aufklärerischer Arbeit“ vorstellt, hat er bereits früher bekanntgegeben:

„Als guter Verführer kam mir dabei spontan der Bundesrat in den Sinn und das folgende **Beispiel: Militärgesetzvorlage 2001**. Abstimmungsgelöse. Die Rechte war dagegen, ein kleiner Teil der Linken ebenfalls. Als sozialdemokratischer Bundespräsident wandte ich mich gegen die diffamierende Kampagne der Rechten und setzte die Kampagne mit der Nein-Parole gleich. **Ich errichtete der zweifelnden Linken so eine moralische Barriere, für die Vorlage zu stimmen, weil sie sich sonst im Lager der (rechten) Gegner befunden hätte.** (...) **Diese Intervention scheint für die knappe Annahme der Vorlage entscheidend gewesen zu sein, eine Verführung zu einem, wie ich meine, richtigen und guten Resultat also.**“ (Bundesrat Moritz Leuenberger)

„Wenn Behörden davon ausgehen, dass ihre Auffassung die einzig richtige und mögliche ist und dass es deshalb nurmehr darauf ankomme, den Stimmberechtigten die Zustimmung zu den Behördenvorlagen einzureden, wird das Leitbild des mündigen und verantwortlich entscheidenden Stimmbürgers aufgegeben.“ (Prof.Dr.iur. Yvo Hangartner)